



Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität | Postfach 31 60 | 55021 Mainz

Vorsitzenden des Ausschusses für
Klima, Energie und Mobilität
Herrn Gerd Schreiner, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/5664
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 1
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Poststelle@mkuem.rlp.de
<http://www.mkuem.rlp.de>

10. April 2024

Mein Aktenzeichen
0102-0001#2024/0037-1401
MB.0036

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
MB2-Landtag@mkuem.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-5930

Sitzung des Ausschusses für Klima, Energie und Mobilität vom 15. Februar 2024

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der oben genannten Sitzung wurde der

TOP 9) ÖPNV-Planung braucht Kostentransparenz,
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT der Fraktion der CDU,
Vorlage 18/5243

unter Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt.

Ich berichte daher wie folgt:

Die Planung des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) erfordert Kostentransparenz und ist eine gemeinsame Aufgabe der verschiedenen Aufgabenträger und damit auch der Kommunen. Die Landesregierung trägt selbstverständlich ihren Teil dazu bei. Beim ÖPNV handelt es sich um ein komplexes System von verschiedenen Aufgabenträgern,

1/5

Verkehrsanbindung

Sie erreichen uns ab Hbf. mit den Linien 6/6A (Richtung Wiesbaden), 64 (Richtung Laubenheim), 65 (Richtung Weisenau), 68 (Richtung Hochheim), Ausstieg Haltestelle „Bauhofstraße“. Zufahrt über Kaiser-Friedrich-Str. oder Bauhofstraße.

Parkmöglichkeiten

Parkplatz am Schlossplatz
(Einfahrt Ernst-Ludwig-Straße),
Tiefgarage am Rheinufer
(Einfahrt Peter-Altmeier-Allee)



die Verkehre zum Teil selbstständig, zum Teil in gemeinsamer Verantwortung betreiben. Es gibt den schienengebundenen Verkehr, den straßengebundenen Verkehr sowie Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen, die aus verschiedenen Töpfen, mal vom Bund, mal vom Land und mal gemeinsam finanziert werden.

Wenn über das Thema ÖPNV gesprochen wird, ist festzuhalten, dass es in den vergangenen Jahren im Mobilitätsbereich einen massiven Ausbau des Angebotes für die Menschen im Land gegeben hat, den das Land und die Kommunen in gemeinsamen Kraftanstrengungen gestemmt haben. Der ÖPNV erfüllt dabei viele Funktionen: Er ist wichtiger Teil der Daseinsvorsorge, sichert einen Zugang zu Mobilität, ist ein Beitrag für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und leistet nicht zuletzt einen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele. Hierfür ist ein angemessenes Angebot sowohl im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) als auch im ÖPNV unerlässlich.

Mit der schrittweisen Umsetzung der ÖPNV-Konzepte konnte das Angebot bereits sehr deutlich verbessert und die Qualität erheblich gesteigert werden. Allein im Bereich der ausschließlich vom Land finanzierten regionalen Linien wurde das ÖPNV-Angebot von einer Million Buskilometer auf 33 Millionen Buskilometer erhöht - das ist ein massiver Ausbau und ein zentraler Schritt zu einem attraktiveren ÖPNV. Im SPNV betragen die gefahrenen Zugkilometer im Jahr 2018 noch etwa 38 Millionen Kilometer, in diesem Jahr bereits bei 42 Millionen Kilometer.

Auch Reaktivierungen von stillgelegten SPNV-Strecken, deren Planungen auf dem in der Sitzung des Ausschusses für Klima, Energie und Mobilität am 18. Januar 2024 durch das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität vorgestellten Konzept basieren, können zu den eingangs genannten Zielen beitragen - genau wie Investitionen in bestehende Strecken, wie die Herstellung von Zweigleisigkeit. All das steht jedoch unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit in künftigen Haushalten. Dies gilt auch für die großen Elektrifizierungsprojekte, wie an der Ahr oder in der Eifel.

Durch die Einführung des Deutschlandtickets besteht erstmals für Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, den Nahverkehr in Deutschland mit einem einzigen Ticket zu nutzen. Durch den niedrigen Preis von 49 Euro wird für breite Teile unserer Gesellschaft die Teilhabe an einer guten, einfachen und verbundübergreifenden Mobilität ermöglicht und es werden Anreize geschaffen, die Menschen weg vom Individualverkehr hin zum ÖPNV und SPNV zu bewegen.



Die Finanzierung des Deutschlandtickets ist im Jahr 2024 aufgrund nicht verausgabter Mittel aus dem Jahr 2023 vorerst gesichert.

Der für Rheinland-Pfalz ungünstige Verteilungsschlüssel der Bundesmittel führt allerdings dazu, dass das Land ab 2024 mit erheblichen Landesmitteln einspringen muss, so dass von einer paritätischen Finanzierung durch Bund und Land in 2024 nicht die Rede sein kann. Bei unveränderter Rechtslage wäre dies auch in 2025 der Fall. Die Landesregierung wird sich politisch mit Nachdruck für einen veränderten Verteilungsschlüssel einsetzen.

Die Finanzierungsströme haben sich durch die Einführung des Deutschlandtickets nicht verändert. Das Land stellt zusätzliche Landesmittel bereit, die gemeinsam mit Bundesmitteln an die Zweckverbände und Verbände ausgezahlt werden, die diese Mittel 1:1 an die Verkehrsunternehmen weiterleiten.

Beim Deutschlandticket ist festzuhalten: Rund acht Prozent der Stand November 2023 deutschlandweit 11 Millionen Kundinnen und Kunden sind Neukunden. Eine wesentliche Herausforderung beim Deutschlandticket wird sein, die Fahrgastzahlen und somit die Einnahmen weiter zu erhöhen. Diese Überlegung wird bei der Preisgestaltung eine wesentliche Rolle spielen. Aufgrund des Abrechnungsmechanismus des Deutschlandtickets werden der Landesregierung erst im Jahr 2025 im Rahmen der Spitzabrechnung die genauen Kosten des Angebots vorliegen.

Wie bereits beschrieben hat die Landesregierung den öffentlichen Verkehr in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert. Es kann jedoch nicht verkannt werden, dass sich die Welt mit den Herausforderungen der Corona-Pandemie und mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine auch für Rheinland-Pfalz und die Finanzierung öffentlicher Mobilität grundlegend verändert hat. Die gestiegenen Energie-, Material- und Herstellungskosten sowie die gestiegenen Personalkosten stellen eine ganz erhebliche Herausforderung dar.

Dies sind die zentralen Kostentreiber, die in der Entwicklung zu Mehrausgaben des Landes für den SPNV und ÖPNV führten und weiterhin führen werden.

Die Kosten für Energie und Personal sind von 2022 auf 2024 um rund 25 Prozent gestiegen. Das schlägt sich auch in den Personalmehrkosten im Busgewerbe nieder, an denen sich das Land in den Jahren 2022 bis 2026 mit rund 22 Millionen Euro im Jahr



beteiligt. Die Kosten bei den Buskilometern sind bei den Neuvergaben von durchschnittlich 2,66 Euro im Jahr 2015 auf 3,94 Euro im Jahr 2024 gestiegen. Das ist eine Steigerung von knapp 50 Prozent in nicht mal zehn Jahren.

Diese Mehrkosten betreffen sowohl den Betrieb als auch Investitionen und treffen das Land ebenso wie die Kommunen als Aufgabenträger hart.

Dies ist kein isoliert rheinland-pfälzisches Problem, sondern trifft das gesamte Bundesgebiet, vor allem weitere Flächenländer gleichermaßen.

Die Ausgaben des Landes stiegen in den vergangenen Jahren kontinuierlich an – gleichzeitig wurden die Regionalisierungsmittel des Bundes nicht im notwendigen Umfang erhöht, sodass der Finanzierungsanteil des Landes stetig größer geworden ist.

Die zuletzt erfolgte Erhöhung der Regionalisierungsmittel hat gerade mal dazu ausgereicht, die gestiegenen Energiepreise abzufedern. Im Rahmen der Übertragung der Aufgaben des ÖPNV und SPNV sind zwischen Bund und Ländern klare Vereinbarungen getroffen worden, denen der Bund aktuell nicht nachkommt.

Bund, Land und Kommunen sind gemeinsam in der Pflicht, den öffentlichen Nahverkehr zukunftsfähig zu entwickeln und auch in einem fairen Lastenausgleich zu finanzieren.

Die Landesregierung befindet sich mitten im Verfahren zur Aufstellung des Landeshaushalts 2025/2026. Es wird ein Kraftakt werden, den steigenden Bedarfen Rechnung zu tragen, während der Bund seinen grundgesetzlichen Verpflichtungen nicht auskömmlich nachkommt.

Daher wird es Aufgabe der Landesregierung sein, die Maßnahmen gemeinsam mit den Kommunen daraufhin zu überprüfen, ob sie bedarfsgerecht sind und zu entscheiden, welche Anpassungen notwendig sind, um der aktuellen Situation verantwortungsvoll Rechnung zu tragen.

Die gegenwärtigen Entwicklungen stellen Rheinland-Pfalz vor große finanzielle Herausforderungen.

Aber bei allen Schwierigkeiten gilt: Das Ziel eines klimaschonenden, nutzerfreundlichen und bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehrs darf nicht aus den Augen verloren werden.



Mit freundlichen Grüßen

gez.

Katrin Eder